

**D-01** Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 09.11.2023  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen
- 2 haben auf
- 3 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und
- 4 über 240
- 5 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste.
- 6 Wir stehen
- 7 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Wir
- 8 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen
- 9 schweren
- 10 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt und Hinterbliebene betreut haben.
- 11 Wenn heute,
- 12 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust,
- 13 Jüdinnen und
- 14 Juden in Israel aufs Neue um ihr Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss
- 15 Deutschland seine ungeteilte und unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung
- 16 für
- 17 Israel und seine Bürger\*innen deutlich machen. Israels Sicherheit ist Teil der
- 18 deutschen
- 19 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns.
- 20 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen
- 21 Verantwortung.
- 22 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden,
- 23 nachdem
- 24 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden
- 25 systematisch
- 26 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren
- 27 Hafen für
- 28 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso
- 29 unverhandelbar wie
- 30 die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- 31 Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese
- 32 Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- 33 Regierung die Pflicht, ihre Bürger\*innen dauerhaft zu schützen. Seit den
- 34 Terrorangriffen vom
- 35 7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem
- 36 Krieg
- 37 leidet die palästinensische Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist\*innen,
- 38 darunter auch zahlreiche Journalist\*innen wie auch Mitarbeiter\*innen der UN,
- 39 umgekommen –

24 dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen.

25 Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und  
26 versteckt  
27 ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht  
28 aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas  
29 verschleppten  
30 Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und  
31 anderer  
32 extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.

33 In Gaza, wo das Leben bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und  
34 Perspektivlosigkeit  
35 geprägt war, ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an  
36 allem, was  
37 es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Viele  
38 sind auf  
39 der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter\*innen von Hilfsorganisationen,  
40 die  
41 ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.

42 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza  
43 erhöht hat.  
44 Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den  
45 notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären  
46 Zugang. Dafür  
47 sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.

48 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf  
49 diesen Krieg  
50 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist\*innen und  
51 das  
52 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die  
53 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten  
54 Verbündeten  
55 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir  
56 uns  
57 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement, das auch eine  
58 Grundlage für  
59 unsere Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden  
60 und der  
61 arabischen Welt ist.

62 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit  
63 Israels  
64 auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem  
65 Wege  
66 geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage  
67 der  
68 Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer  
69 und  
70 lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.  
71 Mit

52 der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie  
53 den Frieden mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Wir werden  
54 unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu  
55 gehört auch eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die  
56 Palästinensische Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt  
57 gegen Palästinenser\*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir begrüßen die  
58 Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen  
59 erneuten Friedensprozess einzusetzen.

60 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen  
61 regionalen Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung  
62 bekommen diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die  
63 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch  
64 deswegen bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur  
65 der regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung,  
66 auf die Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

67 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte  
68 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in  
69 Deutschland erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der  
70 sich auf einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und  
71 Juden oder Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht  
72 sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein importiertes  
73 Phänomen.

74 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in  
75 Deutschland,  
76 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in  
77 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu  
78 machen. Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer  
79 auch ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die  
80 Menschlichkeit. Dazu gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und  
81 gefeiert wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur

## Gewalt

80 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.  
81 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische  
82 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.  
Deshalb ist es  
83 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder  
verherrlichen,  
84 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres  
Rechtsstaats  
85 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach  
durch  
86 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der  
87 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen  
88 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte  
Konsequenzen für die  
89 Täter\*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der  
Aufenthaltserlaubnis.  
90 Diese Möglichkeit besteht längst.  
91 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den  
Antisemitismus  
92 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft  
reichen  
93 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus  
jeglicher  
94 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter.  
Zu  
95 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der  
Lehren der  
96 Shoah sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler  
97 Bestandteil von Integrationsmaßnahmen sein. Jede\*r, der oder die hier lebt, muss die  
Shoah  
98 kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt.  
99 Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen  
100 Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände  
und  
101 Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.  
102 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und  
103 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslimen nicht. In Deutschland  
leben  
104 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen  
Verbindungen in die  
105 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in  
Gaza und der  
106 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen  
wir.  
107 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben  
108 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben

für alle  
109 ermöglichen. Demokrat\*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, des  
Friedens und  
110 gegen Hass und Terror.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Das volle Ausmaß der Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober kam erst nach und nach ans Licht. Der daraus folgende Krieg wurde in den Tagen danach deutlich, vor allem mit dem Start der israelischen Bodenoffensive gegen Ende Oktober. Die Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Deutschland wurden im Laufe des Oktobers deutlich, insbesondere mit den Übergriffen bei Demonstrationen und dem Anschlag auf jüdische Einrichtungen in der Woche vom 16. Oktober. Damit ergibt sich eine neue Lage in Nahost sowie Deutschland, und damit eine besondere Dringlichkeit für unsere Reaktion darauf.

## **Begründung**

mündlich